

25.04.2018

Abschaffung des Echos: Musikindustrie, Veranstalter und Kulturpolitik müssen Verantwortung übernehmen

Hasssänger sollten weder Rückendeckung noch Preise oder eine Bühne erhalten

Der Vorstand des Verbandes der Musikindustrie hat heute die Abschaffung des Echos in seiner jetzigen Form bekanntgegeben. Man wolle dafür sorgen, Preisverleihungen künftig „keinesfalls als Plattform für Antisemitismus, Frauenverachtung, Homophobie oder Gewaltverharmlosung“ wahrgenommen werden. Gleichzeitig sind in den kommenden Tagen in Deutschland drei Konzerte des Dancehall-Acts Bounty Killer geplant. In mehreren seiner Songs ruft dieser zu Mord und Gewalt an Homosexuellen auf. Dazu erklärt **Jenny Renner, Mitglied im Vorstand des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD):***

Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) begrüßt die deutliche Distanzierung des Verbandes der Musikindustrie von Antisemitismus, Frauenverachtung, Homophobie und Gewaltverharmlosung. Die Freiheit der Kunst ist ein hohes Gut. Nicht selten musste sie gegen Zensurversuche von Sittenwächtern verteidigt werden, die homosexuelle Themen als unmoralisch, pornografisch und jugendverderblich verteufeln. Aber die Verbreitung von systematischen Hass und Aufrufe zur Gewalt bis hin zum Mord sind nicht mehr von der Kunst- und Meinungsfreiheit gedeckt. Der LSVD fordert die Musikindustrie, Veranstalter und Kulturpolitik auf, Verantwortung zu zeigen. Hasssänger sollten weder Rückendeckung noch Preise oder eine Bühne erhalten.

In den kommenden Tagen sind in Deutschland drei Konzerte des Dancehall-Acts Bounty Killer geplant. In mehreren seiner Songs ruft dieser zu Mord und Gewalt an Homosexuellen auf. Der LSVD hat bereits vor einigen Wochen das Auswärtige Amt über die bevorstehende Einreise von Rodney Price (alias „Bounty Killer“) informiert und ein Einreiseverbot gefordert.

Unter den Deckmantel der Kunstfreiheit attackieren Interpreten wie „Bounty Killer“ Lesben und Schwule. Besonders in Zeiten, in denen rechtspopulistische und religiös-fundamentalistische Hetze wieder salonfähig wird, verstärken solche geplanten Auftritte ein demokratiefeindliches Klima. Auch wenn vertragliche Zusicherungen existieren, die jeweiligen Stücke nicht zur Aufführung zu bringen, unterstützen die Betreiber der Veranstaltungsorte das Geschäft mit Homophobie. Solange sich der Act nicht umfassend, glaubwürdig und öffentlich von seinen Texten distanziert, fordert der LSVD die Absage aller Konzerte.

In der ursprünglichen Pressemeldung stand nur die Abschaffung des Echos - zu Zusatz "in seiner jetzigen Form" würde nachträglich präzisiert.

Bundespressestelle
Markus Ulrich

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

Pressemitteilung



Der Lesben-und Schwulenverband (LSVD) ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).

Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.